

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktor:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Hans Wallow MdB zur Diskussion über Deutschlands Rolle in der Weltpolitik: Dem Land einen wahren Wert geben.

Seite 1

Walter Momper und Dr. Dittmar Staffelt zur aktuellen Debatte über Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit: Berlin darf nicht doppelt zahlen.

Seite 3

Ruth Winkler MdB zum Verhältnis der Sozialdemokratie zur jungen Generation: Den Wandel in der Jugend ernst nehmen. (Teil I)

Seite 4

46. Jahrgang / 34

19. Februar 1991

Dem Land einen wahren Wert geben

Zur Diskussion über Deutschlands Rolle in der Weltpolitik

Von Hans Wallow MdB

Nun haben wir über den Protest der Israelis wieder daran erinnert werden müssen, daß wir Deutsche sind. Es hat uns nichts genützt, den Kopf in den Sand zu stecken. Niemand erlaubt uns, aus der deutschen Haltungsgemeinschaft auszusteigen.

Wie kann man in eine Situation geraten, in der die Medien der befreundeten Staaten die Deutschen als ängstlich, feige und antiamerikanisch oder antisraelisch beschimpfen? Es hat wohl etwas damit zu tun, daß wir besonders nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten immer noch nicht wissen, wer wir sind und welche Rolle wir in Zukunft spielen wollen.

Ohne überhaupt ausführlich über den Weg diskutiert zu haben, sind sich die meisten Linken und Rechten der politischen Klasse in der Bundesrepublik einig, daß es keinen deutschen Sonderweg geben darf. Konkret ist darunter doch wohl nichts anderes zu verstehen, als Anpassung an die vorhandenen politischen Rahmenbedingungen. So souverän sind wir jetzt, daß es uns nicht erlaubt sein soll, unsere eigenen Erfahrungen in die jetzige Weltkrise einzubringen.

Die Bundesregierung hat den USA nicht von der Gegengewalt zu einem frühen Zeitpunkt abgeraten. Sie besaß nicht den Mut, wie der ehemalige Stabchef Crowe, der vor dem Sicherheitsausschuß des Repräsentantenhauses im Dezember vor einem übereilten militärischen Eingriff warnte. Nach seiner Auffassung sollte zunächst einmal die Wirkung der Wirtschaftsblockade abgewartet werden. Zwölf bis vierzehn Monate geduldiges Ausharren seien allemal besser als Krieg mit den zu erwartenden Opfern und Risiken. Auch der Kanzler hat es in seinem Gespräch mit Präsident Bush versäumt, für strengere Wirtschaftssanktionen und für Verhandlungen ohne Zeitdruck einzutreten. Es mangelte an Tapferkeit vor den Freunden.

Man rät uns recht nachdrücklich, normal und erwachsen zu werden. Soll das etwa heißen, daß wir unreflektiert in vorderster Linie als Hilfsheriff in der Weltpolizei agieren sollen, ohne eine wirkliche innere Souveränität erreicht zu haben?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermeidung
von wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Nun gibt es auch bei uns einige ältere Herren in der politischen Klasse, die, was immer das auch sein mag, Deutschland nicht im "Provinzialismus" verhaftet sehen möchten. Wenn sie nicht die verschlungenen, aber ausgelatschten Pfade einer kurzschichtigen Machtpolitik meinen, wo bleibt dann das inspirierende Konzept für eine zukünftige Rolle der neuen Bundesrepublik?

Ohne eine gründliche gesellschaftliche Diskussion über das Selbstverständnis der Republik darf sich auch der Deutsche Bundestag nicht in eine Verfassungsänderung hetzen lassen, die der Bundeswehr den Einsatz außerhalb der NATO ermöglicht. Über 75 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wollen das nicht. Sie spüren instinktiv, daß diese Wünsche von außen kommen und nicht etwa Ausdruck einer neuen Souveränität darstellen.

Nach der Wiedervereinigung richteten sich die Fragen unserer Nachbarn ängstlich darauf, wie wir wohl mit unserer neugewonnenen ökonomischen Kraft umgehen würden. Der Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter hat als Erster öffentlich auf die Chance aufmerksam gemacht, stattdessen den Ehrgeiz auf eine Vorreiterrolle zu einer global verantwortlichen Friedens- und Ökologiepolitik zu richten. Angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs in Osteuropa und der verheerenden Situation in der Dritten Welt haben wir die besten Gründe - anderen zum Vorbild - Entwicklung und Ökologie zu unserer Aufgabe in der Welt zu machen.

Der Krieg am Golf beweist täglich, zu welcher Präzision und "Effektivität" im Einsatz von Menschen und Material die Staaten befähigt sind, wenn es um Zerstörung geht. Hat schon jemand untersucht, wieviel von diesen "Kapazitäten" auch für positive Zwecke geeignet ist? Wie durch Friedens- und Abrüstungspolitik die Rahmenbedingungen für Menschenrechte und Entwicklung verbessert, wie durch Rüstungsstop Naturressourcen geschont und wie durch Rüstungskonversion die Produktivkräfte gestärkt werden können?

Warum sollten wir nicht versuchen, diese Qualitäten und Quantitäten für die Entwicklungspolitik zu nutzen? Warum sagen wir nicht, daß wir anders damit umgehen wollen, als in der Vergangenheit?

Die Klimakatastrophe ist eine der schlimmsten Bedrohungen der Menschheit. Sie ist nur durch eine veränderte Energie- und Verkehrspolitik abwendbar. Die Welt braucht eine Alternative zum Verbrennungsmotor und keinen Jäger 90! Der Nahe Osten braucht Krankenhauseinrichtungen, Unterstützung in der Land- und Forstwirtschaft und regenerative Energiesysteme, statt Anlagen zur Herstellung von Giftgas.

Exporte von Umwelt- und alternativen Energietechnologien können auch für uns zum Erfolg (Vorteil) werden. Nicht mit Waffenexporten, sondern mit einer Friedensproduktion können wir mit gutem Gewissen unseren Fleiß und unsere Tüchtigkeit beweisen.

Japan beabsichtigt, einen 90 km breiten Grüngürtel quer durch die Dürregebiete der Sahelzone in ganz Afrika anzulegen. Ohne dieses Projekt bewerten zu wollen - konkrete Herausforderungen gibt es genug. Hier können wir durch konkrete Schritte deutlich machen, daß wir durchaus unseren Beitrag innerhalb der internationalen Verantwortung leisten wollen. Indem es zu einer humanen Entwicklung in der Welt beiträgt, kann das Land zu sich selbst finden und entsprechend seinen Wünschen und Fähigkeiten erwachsen werden. Dabei geht es nicht um eine neue historische Sendung, sondern darum, dem "Land einen wahren Wert" zu geben (Herbert Wehner).

(-/19.2.1991/rs/fü)

Berlin darf nicht doppelt zahlen

Zur aktuellen Debatte über Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit

Von Walter Momper

Landesvorsitzender der SPD und

Dr. Dittmar Staffelt

Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

I.

Durch die aktuelle Debatte um Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit droht den Berlinerinnen und Berlinern eine doppelte Kassierung: nach den Plänen der Bonner Koalition soll mit dem 1.7. der Abbau der Berlinförderung - und damit auch der Arbeitnehmerzulage - begonnen werden. Gleichzeitig scheint sich die Bundesregierung jetzt doch auf die unumgängliche Erhöhung von Steuern zu verständigen. Die Berliner SPD erklärt dazu: Den ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern in Berlin darf nicht in beide Taschen gefaßt werden. Zunächst kürzt man das verfügbare Einkommen in der Lohntüte, dann wird über höhere Steuern zum zweiten Mal zur Kasse gebeten. Wir fordern dagegen: Wenn es zu Steuererhöhungen kommt, dann darf der Abbau der Berlinzulage nicht schon am 1.7.1991 beginnen, die Bonner Koalitionsvereinbarung kann nicht das letzte Wort sein.

II.

Damit schnellstmöglich gleiche Lebensbedingungen in Ost und West hergestellt werden, sind erheblich mehr Mittel erforderlich als die Bundesregierung bisher veranschlagt hat. Zur Finanzierung der unausweichlichen Kosten in den neuen Bundesländern einschließlich Berlins schlagen wir ein sozial ausgewogenes Konzept von Steuererhöhungen vor, das sich vom Prinzip "die starken Schultern können mehr tragen als die schwachen" leiten läßt:

Der Bund muß auf die geplante Abschaffung der Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer, auf die geplante Aufstockung des Dienstmädchenprivilegs und weitere Steuersenkungen in dieser Legislaturperiode verzichten. Des weiteren fordern wir weitere Einsparungen vor allem im Verteidigungshaushalt und den Abbau unnötiger Subventionen.

Notwendig sind nach Auffassung der Berliner SPD folgende Maßnahmen:

- Eine Erhöhung der Mineralölsteuer um 10 Pfennig pro Liter (Mehreinnahmen 6,3 Mrd. DM).
- Eine 10%ige, auf vier Jahre befristete Ergänzungsabgabe nach Art. 106 GG auf Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer ab einem Einkommen von 60.000,-/120.000,- DM. Dies belastet vor allem die einkommensstärkeren Gruppen und stellt daher eine sozial verträgliche Maßnahme dar, die etwa 14 Mrd. jährlich einbringt.
- Wegen der Höhe der aufzubringenden Summe die Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt (Mehreinnahmen: 14 Mrd. DM).

Die aus diesen Steuererhöhungen erzielten Einnahmen sollen ausschließlich und unmittelbar für den Aufbau der neuen Bundesländer einschließlich Berlins eingesetzt werden. Die Abwicklung dieser Mittel soll mit Hilfe der bewährten Möglichkeiten der Kreditanstalt für Wiederaufbau erfolgen.

Wir sprechen uns gegen eine weitere Erhöhung der öffentlichen Verschuldung aus. Dies würde eine weitere Belastung der Kapitalmärkte, in deren Folge eine Erhöhung der Zinsen und damit weitere soziale Ungerechtigkeiten bedeuten, die ausschließlich von den sozial schwächeren Teilen der Gesellschaft getragen werden müßten."

(-/19.2.1991/rs/fü)

Den Wandel in der Jugend ernst nehmen (I)
Zum Verhältnis der Sozialdemokratie zur Jungen Generation

Von Ruth Winkler
Mitglied des SPD-Partei Vorstandes
**Stellvertretende Vorsitzende der Jugendpolitischen Kommission beim SPD-
Partei Vorstand**

Wird Zeitungsartikeln, PolitikerInnen, LehrerInnen oder anderen Fachleuten geglaubt, so steht es schlecht um "die" Jugend. Glaubt man diesen Äußerungen, so ist die Jugend:

- unpolitisch, denn sie geht nicht zur Wahl - besonders die Mädchen,
- aufmüßig, denn sie besetzt Häuser und engagiert sich bei amnesty international oder Greenpeace,
- unangepaßt, denn sie färbt sich die Haare lila, hat Ratten als Haustiere,
- ohne eigenen Stil mehr und zieht nur noch Klamotten von "IN"-Firmen an,
- arbeitsscheu: erst null Bock, dann auch noch Ansprüche stellen,
- wahnsinnig angepaßt, denn: "Seht Euch nur diese Yuppies an!"

"Sie schreiben holprig und wissen wenig", so ein Universitätsprofessor. Dies ist kein Zitat von heute, es stammt aus der "Mannheimer Morgenpost" und ist von 1962. Die Studenten, die hier gemeint waren, sind die strammen Fünziger von heute, die über die Jugend herziehen. Das Beispiel zeigt: regelmäßig werden "skeptische" Generationen erfunden. Jugendliche lassen sich nicht über einen Kamm scheren, "Die" Jugend als Einheit gibt es nicht.

Und doch ist die Jugend als Ganzes Ende des zweiten Jahrtausends etwas völlig anderes als 1950 oder gar 1920. Die Bedingungen haben sich sehr verändert:

1. Der technologische Wandel drängt durch die enormen Veränderungen im Erwerbsleben (Arbeitsteilung) - auf dem Sockel hoher Erwerbslosigkeit - immer mehr Menschen, insbesondere Frauen und Mädchen, ins Abseits.

Auch wenn möglicherweise im Jahr 2000 durch den Pillenknick immer weniger Jugendliche auf den Arbeitsmarkt kommen, besteht die Gefahr, daß ein Teil von ihnen den Anschluß ins 21. Jahrhundert verpaßt; denn quantitativ gibt es bis zum Jahr 2000 eine Trendumkehr bei der Jugendarbeitslosigkeit, aber qualitativ werden viele den Anschluß verpassen. Hieraus keinen Gegensatz zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen Jungen und Mädchen werden zu lassen ist eine der wichtigen Aufgaben der Zukunft.

Wir können uns weder im Osten noch im Westen Deutschlands ein Heer von erwerbslosen Männern und Frauen leisten. Ein Hineinwachsen der Jugendlichen in Ostdeutschland in die neue Demokratie ist negativ belastet, wenn sie mit Erwerbslosigkeit beginnt. Generell gilt, wenn immer mehr Menschen erwerbstätig sein wollen, aber immer weniger Arbeitsstunden geleistet werden - und werden sollen -, müssen wir die verbleibende Erwerbsarbeitszeit teilen:

- verteilen zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitsplatzsuchenden,

- verteilen zwischen Frauen und Männern,
 - verteilen zwischen Jung und Alt.
2. Die stille Bildungsrevolution hat langfristige tiefgreifende Veränderungen nach sich gezogen. Mädchen haben heute in den weiterführenden Schulen die Jungen quantitativ und leistungsmäßig überholt. Für Mädchen ist es selbstverständlich geworden, eine weiterführende Schule zu besuchen und anschließend eine qualifizierte Berufsausbildung abzuschließen. Probleme bestehen weiterhin beim Einstieg in den Beruf. Ihr Berufsspektrum wird dabei weiter und es besteht eine Chance, daß auch sie an zukunftsrelevanten Berufen teilhaben werden. "Die" Jugend insgesamt geht heute länger zur Schule als ihre Eltern.

Zehn Jahre Lehrstellenmangel und hohe Erwerbslosigkeit in der alten BRD haben Verschiebungen nach sich gezogen, die rechtliche Mündigkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit wurden weit auseinander gerissen.

3. In den westlichen Industriegesellschaften - und dies gilt auch für Jugendliche aus der ehemaligen DDR - hat "Jugend" immer mehr den Charakter einer kulturell eigenständigen Lebensphase angenommen. Ungeachtet aller immer noch sehr ausgeprägten sozialen Unterschiede haben Jugendliche heute die kulturelle und soziale Selbständigkeit gemeinsam.

Jugendliche heute unterscheiden sich von früheren Generationen vor allem dadurch, daß sie sich in einem nie zuvor dagewesenen Umfang "als Jugend" fühlt und mit Gleichaltrigen identifiziert. Ohne Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland negieren zu wollen, sind "den" Jugendlichen Einstellungsveränderungen in der Moral, Religion, Geschlechterverhältnis und Erwerbsarbeit gemeinsam.

Mädchen verhalten sich auch politisch. Sie haben jedoch andere Ausdrucksformen und Schwerpunkte als Jungen. Sie haben ein Lebensmodell, das Beruf und Familie (Kinder) gleichwertig vorsieht. Alle Jugendlichen befürworten die Gleichberechtigung der Geschlechter mehr als ihre Eltern und die Mädchen sind etwas "egalitärer" eingestellt als die Jungen.

Jugendliche heute stellen hohe Anforderungen an ihre Erwerbsarbeit. Jugendliche früher hatten nicht mehr Lust zur Leistung als Jugendliche heute. Sie lebten in einer anderen Situation. Als Nachkriegsgeneration mit Schwarzmarkt und nicht selten in "Restfamilien" waren sie gezwungen "hart anzupacken". Sie arbeiteten zweifellos nicht deshalb so viel, weil Schweiß und Arbeit so hohe Werte waren, sondern weil ihnen nichts anderes übrigblieb. Der Unterschied zu heute liegt darin, daß Jugendliche sich anders präsentieren.

Der Kern des sozialen Wandels ist in den oben genannten Einstellungsveränderungen zu suchen. Die Identifikation mit der eigenen gleichaltrigen Gruppe, ist wichtig zur Abgrenzung von "den" Erwachsenen und zur Eigendefinition.

Es ist zu erwarten, daß die Bindung an die Gleichaltrigengruppe weiter zunimmt, weil sich der Bevölkerungsaufbau zu Gunsten der Älteren dramatisch verschieben wird. Hinzu kommen soziale Wandlungsprozesse und veränderte (Wert) - Haltungen. Für die BürgerInnen in Ostdeutschland wird der Druck auf die bisherigen Werte sich noch erheblich verstärken. Dies führt zu einer qualitativ anderen Situation, in der "Jugend" eine neue Rolle spielen wird.

Konkret heißt das:

Bis zum Ende dieses Jahrtausends werden die 15- bis 25jährigen im Vergleich zu 1960 fast um die Hälfte abnehmen. Der Anteil der Älteren wird weiter zunehmen. Konflikte zwischen:

den Generationen sind jedoch nicht nur eine Belastung, sondern sie können fruchtbar gemacht werden, wenn die jeweilige Interessenlage gesehen und offen diskutiert wird. Unsere Gesellschaft darf nicht in kommunikationsunfähige Interessengruppen zersplittern, in denen jeweils nur die eigenen Gruppenegoismen diskussionsfähig sind. Ziel ist ein Grundkonsens zwischen den Generationen auf Grundlage dessen nationale und internationale Herausforderungen in Solidarität angenommen werden können.

Das Resultat der Situationsbeschreibung: Die Ausweitung des Bildungssystems und die sozialstaatlichen Errungenschaften haben die Vielfalt der Lebensformen, der Stützrichtungen, der Kommunikationsmöglichkeiten und des Engagements - wo auch immer - möglich gemacht. Das gilt für den westlichen Teil Deutschlands mehr als für den östlichen und Jugendliche (insbesondere Mädchen) aus Familien mit niedrigem Sozialstatus. Diese Gruppen, die immer wieder an den oben beschriebenen Hürden gescheitert sind, haben heute viel eher einen von ihnen gestalteten "optimistischen" Lebensentwurf. Jedoch: mit zunehmendem Alter brechen sich diese Wünsche an der sogenannten "gesellschaftlichen Realität". Die Krisenerfahrungen von Jugendlichen sind vielfältig. Ich möchte nur einige Stichpunkte nennen:

- Arbeitslosigkeit, Armut,
- Umweltzerstörung,
- Kriegsgefahr, drohende Selbstvernichtung,
- Brüchigkeit sozialer Beziehungen, Zunahme von Gewalt, Drogen und Selbstmord,
- Ausgrenzung und Disziplinierung von einem sich immer technokratischer und bürokratischer darstellenden Staat,
- Durchwursteln statt überzeugender (politischer) Lösungsmodelle,
- Entrationalisierung.

Die früher angebotenen gesellschaftlichen Sinnstiftungen durch Kirche, Politik und andere bieten heute kaum noch plausible, den Erfahrungen der Jugendlichen entsprechenden Erklärungsmuster. Diesen Konflikt verarbeiten Jugendliche sehr unterschiedlich: Haltungen wie "null Bock", "Tu nix", über das Abtauchen in subkulturelle, aber auch autoritäre Milieus bis hin zur Bereitschaft zum Engagement in sozialen Bewegungen oder in Jugendverbänden.

Das Verhältnis von Jugendlichen zu organisierter Politik und zu politischen Themen ist sehr unterschiedlich. Und doch zieht es sich wie ein roter Faden durch ihr Verhalten durch. Immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene gehen auf Distanz, verzichten auf ihre Stimmabgabe bei Wahlen, meiden Veranstaltungen von Parteien. Die Abstimmung mit den FÖB ist unübersehbar. Bei der Bundestagswahl 1990 ging 1/3 der unter 30jährigen nicht zur Urne. Bei den 18- bis 20jährigen ist die Wahlbeteiligung von '83 bis '90 um 16% zurückgegangen. Dies hat nichts zu tun mit schlechtem "Verkauf von Politik". Dies hat zu tun mit fehlender Glaubwürdigkeit von Politik.

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

(-/19.2.1991/rs/fc)
